



# Rot-grün lässt die Muskeln spielen

**Analyse** Der Kantonsrat hat am Montag eine eigentliche «Sondersession» zum Klima abgehalten. Über die Macht von Allianzen – und über die Grenzen der Macht.

Liliane Minor

Die nicht mehr ganz neue rot-grüne Mehrheit im Zürcher Kantonsrat macht Ernst mit der Klimapolitik, und sie tut dies auf bemerkenswerte Weise: SP, GLP, Grüne, EVP und AL haben sich zur Klima-Allianz zusammengeschlossen. Das ehrgeizige Ziel: Der Kanton Zürich soll in der Klimapolitik vom hintersten Mittelfeld zum Vorreiter aufrücken. Und zwar schnell.

Die Klima-Allianz ist ein geschickter Schachzug. Die fünf Parteien koordinieren nicht nur Vorstösse, sie stehen auch hinter der Monsterdebatte vom Montag. Rund zwanzig Traktanden waren zu besprechen, die alle den Klimawandel zum Thema hatten. Solche monothematischen Sitzungen sind sonst nicht üblich. Und obwohl die Allianz-Parteien längst nicht in allen Punkten einig sind – so würden die Grünen zum Beispiel lieber mehr, die GLP weniger regulieren –, verhindert der Zusammenschluss ein kräftezehrendes Hickhack im rot-grünen Lager.

Ebenfalls ungewöhnlich: Zugunsten der Sache verzichten die fünf Parteien auf Profilierungsspielchen und Redemarathons. Zu jedem Vorstoss sprachen nur zwei Personen.

Damit hat die Allianz ein starkes Zeichen gesetzt, das zu begrüssen ist. Die Klimakrise ist an Bedeutung kaum zu unterschätzen, rasche, breit abgestützte Massnahmen tun not. Für parteipolitische Winkelzüge gibt es keinen Raum mehr.

Freilich hat das Powerplay Haken. Die Mehrheitsparteien haben es zum einen verpasst oder nicht geschafft, auch auf der bürgerlichen Ratsseite einen verlässlichen Partner zu finden. Zwar unterstützten die Allianz-Parteien auch Ideen der FDP. Zeitweise aber fuhr Rot-Grün einer Lawine gleich durch den Kantonsrat; SVP, FDP und CVP, in die ungewohnte Rolle der Opposition versetzt, blieb nur, mitzumachen oder zu unterliegen. Dabei sollte Rot-Grün aus eigener Erfahrung wissen: Wer so die Muskeln spielen lässt, riskiert, dass die Gegenseite abblockt.

Und das tat die SVP prompt. Allerdings tat sie es auf eine Art und Weise, die einer Demokratie unwürdig ist. Einem Kind im Trotzalter gleich versuchte die Fraktion auf jede erdenkliche Weise, die Debatte zu verzögern und zu vertändeln. Zu jedem Traktandum schickte die SVP vier, fünf Redner vor. Einmal verlangte sie gar eine Abstimmung unter Namensaufruf – nur weil sich so weitere fünfzehn Minuten «gewinnen» liessen. Wobei: Gewonnen hat die SVP nichts. Genauso wenig, wie sich die Klimakrise von selbst löst, wenn man sie ignoriert, verschwinden die Vorstösse. Sie werden bloss verschoben.

Argumente hatte die SVP wenige, ausser der ewigen Behauptung, Rot-Grün würde die Wirtschaft ab und der Klimawandel sei halb so schlimm. Dass die Fraktion einen Hans Egli reden liess, der behauptete, auch auf dem Mars und dem Pluto gebe es einen

Klimawandel, spricht Bände. Mit dieser peinlichen Vorstellung hat sich die SVP aus der Klimadebatte endgültig verabschiedet.

Der zweite Haken: All die Vorstösse können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Spielraum des Kantons relativ klein ist. Massnahmen, die wirklich einschenken, sind fast nur bei Gebäuden möglich, und da hat der grüne Baudirektor Martin Neukom bereits korrigiert, was sein SVP-Vorgänger Markus Kägi auf die lange Bank geschoben hatte. Häuser sollen besser gedämmt, **fossile Heizungen** durch Wärmepumpen ersetzt werden. Für beides gibt es Subventionen.

Dass manche Ideen der Klima-Allianz, etwa die «Klima-verträglichkeitsabschätzung» für Gesetze, angestrengt und gesucht wirken, ist im Eifer des Gefechts wohl nicht vermeidbar. Andere rennen offene Türen ein. So stünde das Klimaziel von Paris, netto null CO<sub>2</sub> bis im Jahr 2050, auch ohne die Debatte bald im Gesetz.

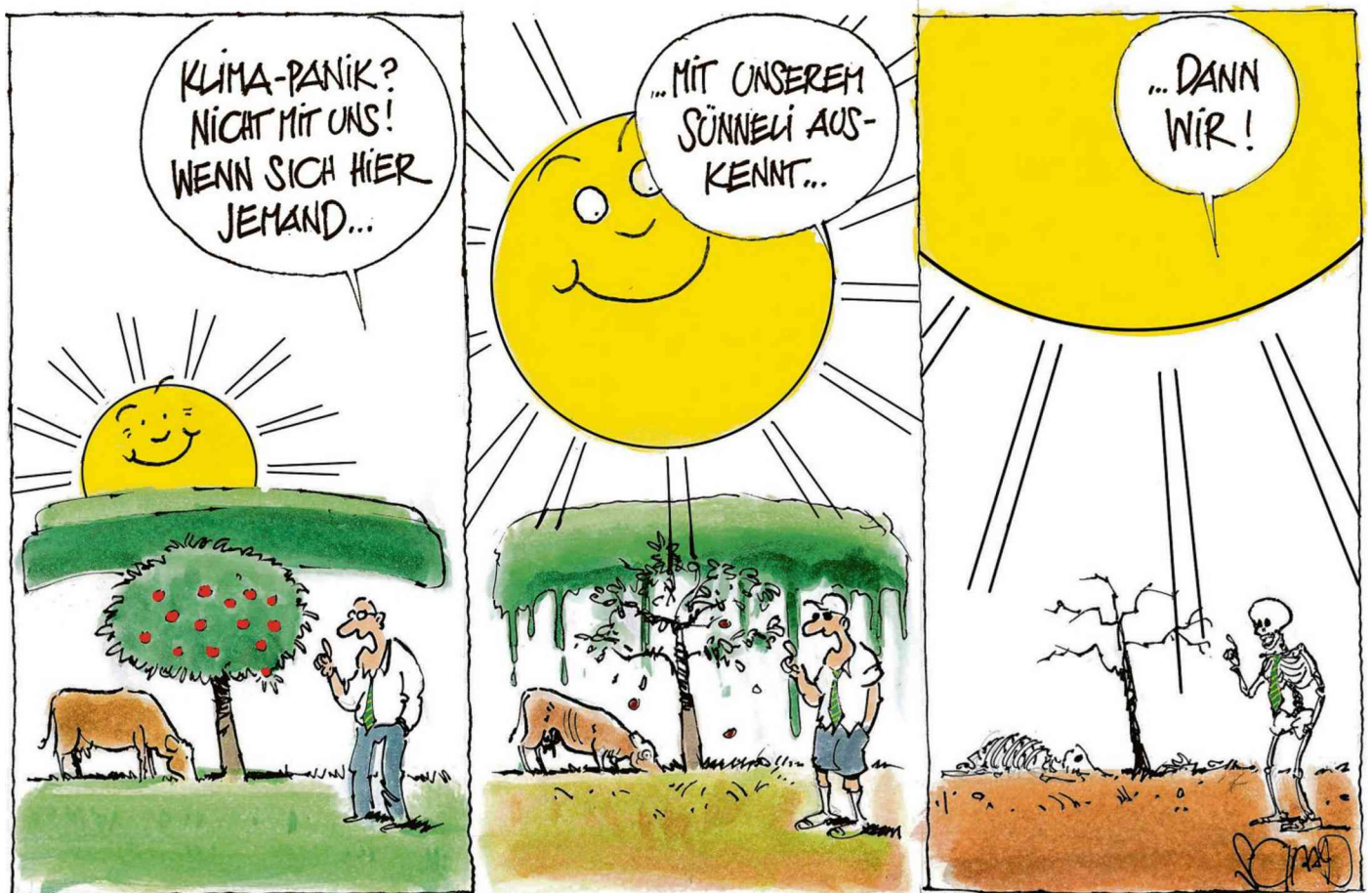
Dennoch: Insgesamt ist die Bilanz positiv. Rot-grün macht, anders als von vielen Bürgerlichen befürchtet, inhaltlich eine sachliche Klimapolitik. Und eines hat die Debatte eindrücklich gezeigt. Es gibt enorm viel Potenzial für kleine Klimamassnahmen. Wie der Volksmund sagt: Auch Kleinvieh macht Mist. Oder freundlicher ausgedrückt: Hält die Allianz, hat Zürich gute Chancen, Klimavorreiter zu werden.

30. Juni 2020

Seite 15

Auflage 148'705 Ex.  
Reichweite 417'000 Leser  
Erscheint 6 x woe  
Fläche 108'200 mm<sup>2</sup>  
Wert 22'800 CHF

Tages-Anzeiger  
8004 Zürich  
www.tagesanzeiger.ch  
Liliane Minor





30. Juni 2020

Seite 15

Auflage	148'705 Ex.	Tages-Anzeiger
Reichweite	417'000 Leser	8004 Zürich
Erscheint	6 x woe	www.tagesanzeiger.ch
Fläche	108'200 mm <sup>2</sup>	Liliane Minor
Wert	22'800 CHF	

## Grüne Städte, mehr Solaranlagen, nachhaltige Treibhäuser

**Klimadebatte** Die wichtigsten Klima-Vorstösse im Kantonsrat und was sich damit nun ändert.

Rund zwanzig Vorstösse standen auf der Traktandenliste der Klimadebatte. Weil die SVP auf Verzögerungstaktik setzte, behandelte der Kantonsrat schliesslich nur die Hälfte. Darum ging es:

### — Die Grundsatzdebatte

Zu Beginn bezogen die Fraktionen grundsätzlich Position. SP, GLP, Grüne, EVP und AL, die sich zur Klima-Allianz zusammengeschlossen haben, mahnten zur Eile. Wenn die Politik nicht handle, «wird die Quittung unermesslich sein», warnte Michael Zeugin (GLP, Winterthur). Die Bürgerlichen wollen nichts überstürzen. Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) fürchtete, Rot-Grün würge die Wirtschaft ab.

### — Raumplanung

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) verlangt einen besseren Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels auch mittels Raumpla-

nung: «Es braucht zum Beispiel Vorschriften, damit grosse Bäume in Städten gepflanzt werden können oder Gebäude so erstellt werden, dass in Sommernächten kühle Luft in Städte einfließen kann.» FDP und SVP hielten die Motion für unnötig. Der Rat überwies die Motion dennoch mit 101 zu 73 Stimmen.

### — Solaranlagen fördern

«Keine andere Energieform ist so schnell so günstig geworden wie die Fotovoltaik», sagt David Galeuchet (Grüne, Bülach). Deshalb solle der Kanton Massnahmen erlassen, um grosse Solaranlagen zu fördern. FDP und SVP sagten Nein. Christian Schucan (FDP, Uetikon am See) sprach von «Politmarketing». Der Rat überwies die Motion mit 102 zu 70 Stimmen.

### — Fossile Energien ersetzen

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) fordert in einer Motion

vom Regierungsrat einen Masterplan Dekarbonisierung. In diesem soll er konkret aufzeigen, wie und bis wann er den Ausstieg aus den fossilen Energien schaffen will. Laut Ueli Bamert (SVP, Zürich) ist dieser Vorstoss «komplett überflüssig», da jede Firma bereits Massnahmen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses umsetze. Die Motion wurde mit 100 zu 71 Stimmen überwiesen.

### — CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss soll bis zum Jahr 2030 auf zwei Tonnen pro Kopf und pro Jahr gesenkt werden. Und auf null Tonnen bis zum Jahr 2050. Das verlangt eine von Karin Fehr (Grüne, Uster) eingereichte parlamentarische Initiative (PI). Im Moment steht im Energiesgesetz das Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis zum Jahr 2050 auf 2,2 Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner zu senken. Es brauchte 60 Stimmen für die vor-

läufige Unterstützung der PI. Das schaffte sie mit links: 113 sprachen sich dafür aus.

### — Gewächshäuser

Neue Gewächshäuser sollen ab sofort ausschliesslich mit erneuerbaren Energien und Abwärme beheizt werden. Für bereits bestehende Gewächshäuser gilt eine Umstellungsfrist von zehn Jahren. Dies verlangt ein Postulat der GLP. Gemüseproduzent Beat Huber (SVP, Buchs) hält dagegen. «Damit werden die regionalen Zürcher Gemüse- und Blumenproduzenten benachteiligt», erklärt er. Das Postulat wurde mit 98 zu 68 Stimmen überwiesen.

### — CO<sub>2</sub>-arme Mobilität

Alex Gantner (FDP, Maur) fordert in einer Motion eine Einmalzulage zur Förderung der Infrastruktur für eine CO<sub>2</sub>-arme Mobilität. Dabei geht es zum Beispiel um Ladestationen für Elektro-

autos. Gabi Petri (Grüne, Zürich) stellt sich dagegen, denn: «Autos sind nie umweltfreundlich.» Und so sehen die Grünen sich plötzlich im selben Boot wie die SVP. «Elektromotoren sind heute umweltschädlicher als fossile», wertet Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht). Der Rat unterstützte die Motion mit 94 zu 70 Stimmen.

### — Gebäude begrünen

Andrew Katumba (SP, Zürich) fordert in einer Motion, dass kommunale Nutzungsplanungen die Pflicht zur naturnahen Bepflanzung und zur Begrünung von Gebäuden festlegen können, da die Städte im Sommer immer mehr aufgeheizt werden. SVP, FDP und CVP wehrten sich gegen eine stärkere Reglementierung bei Bauten. Vergeblich. Die Motion wurde mit 86 zu 67 Stimmen überwiesen.

Helene Arnet und Liliane Minor